

PB.S-01-683 Kapitel 3: Solidarität sichern

Antragsteller*in: Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 682 bis 689:

Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt kein Ort für Spekulant*innen. Zu häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden. ~~Ein entscheidender Hebel ist Transparenz. Deshalb planen wir, Wir planen, Transparenz durch~~ ein Immobilienregister der Eigentümer*innen einzuführen, die Grundbücher bei begründetem Interesse kostenfrei zugänglich zu machen und Bargeld beim Immobilienverkauf zu verbieten. ~~Außerdem Wir~~ wollen ~~wir~~ den Missbrauch von sogenannten „Share Deals“ zur Steuerumgehung beenden und setzen auf eine anteilige Besteuerung des Immobilienbesitzes bei Unternehmensverkäufen. Das spekulative Geschäftsmodell der Anhäufung von Immobilienbesitz in gewinnorientierten Händen, insbesondere börsennotierter Investitionsgesellschaften, wollen wir finanziell unattraktiv machen. Die Dies kann durch eine progressive Vermögensteuer auf Immobilien erfolgen. Auch die Spekulation mit Bauland soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große Wohnungsnot herrscht, kann sich daraus eine

Begründung

Die beschriebenen Maßnahmen gegen Spekulation sind ein zahnloser Tiger.

Wieso der Fokus auf Geldwäsche? Es gibt legal erworbenes Anlagekapital, das auch auf den Immobilienmarkt schwemmt und diesen genauso versaut wie illegales.

„Transparenz“ ist kein entscheidender Hebel, wenn unklar bleibt, was damit gemacht werden soll.

Aus dem Zusammenhang zwischen Immobilienmarkt und zunehmender Vermögenskonzentration, sowie der daraus resultierenden Marktmacht der Investorenen, müssen endlich deutlichere spezifische Konsequenzen gezogen werden. Eine „smarte“ Vermögensteuer, die zielgerichtet diesen gesellschaftsschädlichen Weg der Vermögenskonzentration unterbindet, wäre ein wirkungsmächtigeres Instrument als andere diskutierte Maßnahmen. Die Fehler der schlichten Reparatur und Wiederaufnahme der klassischen pauschalen Vermögensteuer, die häufig als Neidsteuer wahrgenommen wird, können dabei vermieden werden.

weitere Antragsteller*innen

Sebastian Illigens (KV Bremen-Mitte); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Thomas Reimeier (KV Lippe); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Konstantin Mack (KV Würzburg-Stadt); René Gögge (KV Hamburg-Nord); Friedrich Bachmair (KV Münster); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); André Schlecht-Pesé (KV Dessau-Rosslau); Tobias Langguth (KV Hamburg-Altona); Reinhard Bayer (KV Gießen); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona);

Lars Krüger (KV Herford); Detlef Kröger (KV Hamburg-Eimsbüttel); Kevin Klüglein (KV Coburg-Stadt); Raphael Marquart (KV Köln); Barbara Reichart (KV München); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Ilona Borszik (KV Chemnitz); Gerhard Gebhard (KV Odenwald-Kraichgau); Moritz Sorg (KV Freiburg); Erich (Ellis) Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jürgen Hess (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Martin Greifenstein (KV Landsberg-Lech); Nicole van der Made (Hannover RV)